

**EVAL-INFO-SYSTEM(EIS):**

**GESE20-TB40 // GELD76-TB12 // GESE70-TB13 //  
PERS01c-T01-Hoogewerf,Rupert // POLI25-TB36 //  
POLI35d-TB64 // POLI61h-TB23 // POLI70-TB62**

**ÖKO**  
Mit Ge  
Klim



# Die Gesetzlosen



**Die feudalistische Welt der Superreichen**

Printed in Germany  
Ungarn Ft 3390,-  
Spanien € 7,40  
Slowakei € 7,40  
Slowenien € 7,20  
Schweiz sfr 8,90  
Niederlande € 6,80  
Österreich € 6,80  
Griechenland € 7,50  
Italien € 7,80  
Finnland € 9,10  
Frankreich € 7,40  
Belgien € 7,10  
Dänemark dkr 67,95

# Reich, reicher, obszön reich

**GERECHTIGKEIT** Ein zunehmend gieriger Geldadel erobert die Welt und verschärft die Ungleichheit: Während die Mittelschicht über explodierende Preise und eine wachsende Steuerlast stöhnt, führen viele Superreiche kaum Geld ans Finanzamt ab. Stehen wir vor einem neuen Klassenkampf?

## EVAL-INFO-SYSTEM(EIS):

**GESE20-TB40 // GELD76-TB12 // GESE70-TB13 //  
PERS01c-T01-Hoogewerf,Rupert // POLI25-TB36 //  
POLI35d-TB64 // POLI61h-TB23 // POLI70-TB62**

Jachten vor Monaco

D

Die De-Hef-Brücke im Rotterdamer Hafen ist ein niederländisches Nationalmonument und hat schon viele Schiffsunfälle überlebt. Jeff Bezos scheint sie nicht gewachsen. Der dritt-reichste Mensch der Welt lässt sich gerade in einer Rotterdamer Werft eine 127 Meter lange neue Megajacht mit dem Code-Namen »Y721« zusammenschrauben. Die Masten sind zu groß für die historische Brücke, die deswegen im Sommer kurzerhand ab- und wiederaufgebaut werden soll. Kosten: Können Bezos egal sein. Genauso, dass Tausende Rotterdamer die Protzjacht zur Jungfernfahrt mit Eiern bewerfen wollen.

Elon Musk, noch ein bisschen reicher, ist beruflich mit dem Autobauer Tesla und der Weltraumfirma SpaceX gut ausgelastet. Als privaten Spaß hat er gerade ein Übernahmeangebot für Twitter auf den Tisch gelegt: für 44 Milliarden Dollar. Die Regeln des sozialen Netzwerks passten ihm zuletzt nicht so richtig. Der Preis nun auch nicht mehr: Deswegen schießt er das Objekt seiner Begierde erst mal sturmreif.

Steigende Hauspreise spielen in solchen Gefilden auch keine Rolle. Über 200 Millionen Pfund legte etwa der in Hongkong lebende Milliardär Cheung Chung-kiu für ein 45-Zimmer-Häuschen in London hin, damit er bei gelegentlichen Besuchen in der britischen Hauptstadt nicht ins Hotel muss.

Darüber nur müde lächeln kann der Inder Mukesh Ambani, so groß ist allein seine sechsstöckige Garage für die 168 meist seltenen Autos von Aston Martin bis Bentley, die er sammelt. Stückpreise von einer Million Euro keine Seltenheit.

Die wenigsten solcher Exzesse werden öffentlich. Zehntausende von Superreichen, ihre Gesichter so unbekannt wie ihre Namen, prassen und protzen vor allem hinter den Kulissen in verschlossenen Zirkeln. Wohlwissentlich.

Denn sie hamstern immer mehr vom Wohlstand der Welt. Seit der Jahrtausendwende ist das Vermögen der globalen Reichenelite explodiert.

Allein das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung vereinnahmt 35 Prozent des gesamten Wohlstands des Landes.

Die 2668 Milliardäre der Welt besitzen mehr als 12 Billionen Dollar, nimmt man alle Millionäre hinzu, sind es umgerechnet 165 Billionen Euro. Fast das 50-Fache des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Aber nicht nur, dass diese kleine Elite immer dreister die Wohlstandsgewinne abgreift. Sie versuchen, auch mit allen Mitteln, möglichst nichts davon abzugeben.

Vergangenes Jahr fielen Journalisten die geheimen Steuerdaten von Superreichen in die Hände. Daraus ließ sich rekonstruieren, wie viel die Milliardäre dank zahlreicher Tricks tatsächlich an den Fiskus abgaben: so gut wie nichts. Elon Musk zahlte zwischen 2014 und 2018 lediglich 3,3 Prozent Steuern. Jeff Bezos sogar nur lächerliche 0,9 Prozent.

Das hält Bezos nicht davon ab, weiter gegen jede Art von Umverteilung zu schießen. Diese Woche attackierte er öffentlich die bereits gescheiterten Pläne von US-Präsident Joe Biden, die Steuern für multinationale Konzerne und Reiche zu erhöhen, um damit neue Programme für Schulbildung und gegen den Klimawandel zu finanzieren. Mehr staatliche Ausgaben würden lediglich die Inflation treiben, tönte Bezos. Deswegen sei es gut, wenn die Pläne des Präsidenten scheiterten.

Das Weiße Haus reagierte ungewöhnlich scharf: Es sei nicht schwer zu verstehen, warum einer der reichsten Menschen der Erde ein Wirtschaftsprogramm für die Mittelklasse ablehne, das eben nur finanziert werden könne, »indem die reichsten Steuerzahler ihren fairen Anteil beitragen sollen«.

Ganz so extrem ist es in Deutschland nicht, aber auch hierzulande gibt es genügend Möglichkeiten, sich dem Fiskus zu entziehen. Ausgerechnet die Vermögendsten des Landes haben mitunter deutlich niedrigere Steuersätze als Normalverdiener.

Die globale Wohlstandsverteilung war schon immer ein System mit perversen Zügen, das die Reichen immer reicher und viele Arme noch ärmer macht. Aber in diesen Zeiten immer neuer Weltkrisen droht es vollends aus dem Ruder zu laufen.

Schon die Finanzkrise ging vor allem zulasten der normalen Steuerzahler, mit teuren Bailouts von Banken und riesigen Konjunkturpaketen. Nun geht es Schlag auf Schlag: Pandemie, Ukrainekrieg, Klimakatastro-

phe. Jede einzelne dieser Krisen ist schon dramatisch genug, um Wohlstand und Wirtschaft zu gefährden. Jede einzelne kostet enorme Anstrengungen.

Zusammengenommen könnten sie sich zu einem perfekten Sturm auswachsen: Globalisierung und Welt-handel stocken, die Preise steigen rasant, und die chinesische Wirtschaft droht zu crashen. Das würde dann auch alle anderen mitreißen.

Treffen wird das wohl wieder einmal vor allem die finanzschwächeren Teile der Gesellschaft. Dabei ist es für viele Familien jetzt schon ein Problem, die Heizrechnung zu bezahlen und den Einkaufswagen zu füllen. Selbst für die obere Mittelschicht gibt es gute Gründe, sich Sorgen zu machen über die Zukunft, wenn die Kreditzinsen plötzlich rasant steigen, die Inflation eskaliert und die Weltwirtschaft strauchelt.

Zugleich gilt es, enorme Kosten zu schultern: Eine von Russland unabhängige Energieversorgung muss aufgebaut, die Industrie klimaneutral umgebaut werden, und die aufgelaufenen Kosten der Pandemie müssen global abgebaut werden. Auf Staat und Steuerzahler kommen in den nächsten Jahren Hunderte Milliarden Euro an zusätzlichen Kosten zu.

Kann man in so einer Lage zulassen, dass eine abgehobene Elite von Superreichen – die vermögendsten 0,01 Prozent der Menschen – sich ungestört isoliert mit 11 Prozent des gesamten Weltvermögens? Die sich nur sorgen, wenn sie wegen des Bestsellandrangs inzwischen über ein Jahr auf ihren neuen Lamborghini warten müssen. Die jammern, dass der Himmel über manchen Metropolen schon so verstopft ist, weil zu viele Helikopter herumschwirren, um ihre Insassen zu Shoppingtrips, Landhäusern oder zum Abendessen zu fliegen.

Ganz zu schweigen von den russischen Oligarchen, die weiter seelenruhig in Privatjets zwischen London und Gstaad pendeln, dank obszöner Vermögen, die aus dem Land gequetscht werden. Und die schweigend zusehen, wie ihre Landsleute zwischen Wladimir Putins Diktatur und westlichen Wirtschaftssanktionen zerrieben werden.

Unter hohen Immobilienpreisen und explodierenden Benzinkosten mag die Mittelschicht ächzen. Die Superreichen ächzen unter einem Mangel an Liegeplätzen. Von Monaco bis Cannes platzen die Jachthäfen trotz immer neuer Erweiterungen aus allen Nähten, die Zahl protziger

## Superreiche und ihr Vermögen



Elon Musk

**218 Mrd.**



Warren Buffett

**109,8 Mrd.**



Jeff Bezos

**133 Mrd.**



Michael Bloomberg

**82 Mrd.**



Megajachten hat sich im vergangenen Jahrzehnt verdoppelt.

In den Hollywood Hills kaufen sich Protagonisten der Entertainmentelite wie Kylie Jenner gleich mehrere Häuser für 40 Millionen Dollar, während unten in der Innenstadt von Los Angeles die Obdachlosigkeit historische Höchststände erreicht. Apropos Jenner: Sie ist 24 Jahre alt, ihr neuestes Haus hat 14 Badezimmer, und manchmal weiß sie nicht, ob sie lieber den Bugatti, den Rolls Royce oder den Lamborghini aus der Garage holt. Abgeben ist dagegen nicht ganz so ihr Ding. Als ein Freund Geld für eine Operation brauchte, rief sie lieber ihre Social-Media-Follower zu Spenden auf, selbst gab sie gerade mal 5000 Dollar.

Unter Ökonomen und Politikern ist bereits von einer »Neo-Feudalisierung« die Rede: Weil in den westlichen Industrieländern und asiatischen Boomregionen die Klasesengesellschaft zurückgekehrt ist, in anderer, aber ebenso irritierender Form. Den neuen Adel bildet eine kleine Schicht der Milliardäre.

Darunter steht die breite Masse der Durchschnittsverdiener, deren Verdross über stagnierende Einkommen sowie steigende Steuern, Abgaben und Preise gefährlich wächst. So wie in Deutschland, wo inzwischen drei Viertel der Bürger das hiesige Abgabensystem für unfair halten.

**Reiche Chinesin in ihrem Apartment in Shanghai:** Die vermögendsten 0,01 Prozent der Menschheit besitzen 11 Prozent des Weltvermögens



**Unternehmerin Jenner:** 24 Jahre, 14 Badezimmer, die Garage voller Bugatti, Lamborghini und Rolls

Zu Recht. Jahrzehntlang haben die Regierungen in den Wohlstandszonen Europas, Asiens und Amerikas die Unternehmensteuern gesenkt, die Vermögensabgaben abgeschafft und versucht, die Reichen dieser Welt mit allerlei Steuersparmodellen in ihre Länder zu locken. Behilflich war ihnen eine vielarmige Beratungsindustrie aus Anwälten, Bankern und Wirtschaftsprüfern, die ihrer betuchten Kundschaft ein Leben ohne Finanzamt versprach – mit einigem Erfolg.

In Deutschland sind die Steuersätze auf die Gewinne von Kapitalgesellschaften seit der Jahrtausendwende um mehr als 20 Prozentpunkte zurückgegangen. Und in den USA haben sich die Steuersätze der 400 reichsten Amerikaner dank Trumps Steuerreform nahezu halbiert. Das oberste Prozent der Amerikaner besitzt 16-mal so viel wie die unteren 50 Prozent. 2000 war es noch 4-mal so viel.

Es ist eine gefährliche Verschiebung. Denn Ungleichheit und Extremismus gehen Hand in Hand. Die Konsequenzen sind überall zu spüren: Trump, Brexit, AfD. Marine Le Pen wäre beinahe französische Präsidentin geworden.

Vierorts wird nun nach Möglichkeiten gesucht, die Vermögensballung einzudämmen, ohne Wirtschaft und Unternehmen zu strangulieren. In den USA hat Präsident Joe Biden Ende März eine »Billionäre Minimum Income Tax« auf den Weg ge-

bracht: Wer über 100 Millionen Dollar besitzt, soll auf den jährlichen Wertzuwachs seiner Finanzen und Unternehmenswerte Steuern zahlen. In Deutschland spricht sich selbst CDU-Chef Friedrich Merz für höhere Erbschaftsteuern aus. In China verkündete Präsident Xi Jinping, dass der wachsende Reichtum des Landes ab sofort fairer verteilt werden müsse.

Aber gibt es unter den Bedingungen der Globalisierung überhaupt einen Weg aus der Reichtumsfalle? Kaum, sagt etwa der französische Ökonom Thomas Piketty, berühmt geworden mit seinem Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert«. Wer im modernen Kapitalismus mit seinen riesigen Finanzmärkten und globalen Investmentmöglichkeiten erst einmal richtig reich ist, wird fast zwangsweise immer reicher, »mit extremen Zuwachsraten«.

Am Ende bleibt nur, so findet inzwischen selbst mancher aus dem neuen Geldadel, das System zu ändern.

»Der Staat muss uns Reiche höher besteuern«, sagt Ralph Suikat. Der Unternehmer hat seinen Tesla in einer Tiefgarage abgestellt und steuert mit forschen Schritten auf einen gläsernen Bürobau im Karlsruher Zentrum zu. Hier hat er sein halbes Leben eine Softwarefirma für Rechtsanwälte und Insolvenzverwalter geleitet. Vor fünf Jahren hat er den Betrieb für viele Millionen Euro verkauft. Seither könnte er von den Erträgen seiner Kapitalanlagen leben, auf die er gut 26 Prozent Abgeltungssteuer inklusive Soli zahlt. Suikat stellt sich grundsätzliche Fragen über die Gerechtigkeit des deutschen Steuersystems und die Fairness im modernen Kapitalismus.

Warum, so überlegt er, muss er einen kleineren Teil seines Einkommens an den Staat abführen als manche seiner früheren Angestellten, die im Durchschnitt 30 oder mehr Prozent zahlen? Und weshalb bejubeln viele seiner Unternehmerkollegen ausgerechnet einen Konzern wie Amazon, der seine Gewinne seit Jahren in Steueroasen versteckt und seine Leute nicht gerade fair behandelt? »Unser Wirtschaftssystem«, sagt Suikat, »ist dysfunktional geworden.«

Das liegt nicht zuletzt daran, dass die postindustrielle Wirtschaftsordnung nicht mehr viel mit dem Kapitalismus des vergangenen Jahrhunderts zu tun hat. Kapital ist viel liquider, bewegt sich rasend schnell und vermehrt sich zuletzt sehr viel schneller. Niedrige Zinsen blasen

Vermögenswerte wie Aktien, Immobilien, Wertanlagen immer weiter auf – und die gehören vor allem reichen Menschen.

Allein in den beiden Jahren der Pandemie, als viele Angst um ihren Job und ihre Existenz hatten und unzählige Kleinbetriebe mit Steuergeldern gerettet werden mussten, zählte das US-Magazin »Forbes« 573 neue Milliardäre. Und der Milliardär von heute ist mit den Superreichen früherer Zeiten nicht zu vergleichen.

Als »Forbes« 1987 die erste Liste der reichsten Menschen der Welt herausbrachte, wurde sie angeführt vom japanischen Geschäftsmann Yoshiaki Tsutsumi. Sein Vermögen, inflationsbereinigt: 51,7 Milliarden Dollar. Das Vermögen von Elon Musk, dem aktuellen Spitzenreiter der globalen »Forbes«-Milliardärsliste: 218 Milliarden Dollar.

Es ist kein Wunder, dass vor allem die relativ junge Techindustrie Multimillionäre in bisher nie da gewesenem Ausmaß hervorbringt: Die Boombranche hat die Welt mit der Digitalisierung überrollt und so die wertvollsten Unternehmen der Welt hervorgebracht. Hunderttausende Mitarbeiter profitierten über Aktienbeteiligungen direkt von den riesigen Marktkapitalisierungen selbst kleiner Firmen, angefeuert von Unmengen von Wagniskapital.

2019 etwa schufen allein die sechs größten Börsengänge von Silicon-Valley-Größen wie Airbnb auf einen Schlag 6000 neue Multimillionäre. 230 Milliarden Dollar wurden an dieses halbe Dutzend Unternehmen verteilt.

Seit Jahren werden deshalb Normalverdiener aus der Region um San Francisco verdrängt, die Techreichen kaufen ganze Häuserblocks auf. Facebook-Chef Mark Zuckerberg etwa besitzt gleich zehn Häuser in der Region – und natürlich auf Hawaii.

Die Inselkette hat sich als »Battleground State« der Techgranden entpuppt. Neben Zuckerberg und Jeff Bezos erwarb dort etwa Computerpionier Michael Dell für 280 Millionen Dollar ein Luxusresort, das Four Seasons Resort Maui; die Suite mit 180-Grad-Meerblick gibt es schon für 10 215 Dollar pro Nacht.

Oracle-Gründer Larry Ellison besorgte sich gleich eine ganze Insel, das zu Hawaii gehörende Eiland Lana'i, Preis: vergleichsweise schmale 300 Millionen Dollar.

Die wenigsten der Valley-Reichen haben mit ihrem unvermittelten Reichtum eine soziale Ader entdeckt. Eher im Gegenteil. PayPal-Gründer Peter Thiel steckt lieber Millionen Dollar in esoterische Lebensverlängerungsprojekte. Zwischenzeitlich versuchte er, einen eigenen Inselstaat im Pazifischen Ozean zu errichten, um der seiner Meinung nach einschnürenden staatlichen Regulierung in den USA zu entkommen – und überhaupt keine Steuern mehr entrichten zu müssen.

Auch Sean Parker, Gründer von Napster, früher Facebook-Investor, 2,8 Milliarden Dollar schwer, wettet gern gegen zu viel Staat und Steuern. Sein Geld pumpt er in extra-

vagante Partys, seine eigene Hochzeit zum Beispiel. Über Monate ließ Parker mitten in einem kalifornischen Naturschutzgebiet eine Kulisse wie im Fantasyhit »Der Herr der Ringe« nachbauen, samt Schlossruinen und Kostümen für alle Gäste. Sting sang vor einer fast drei Meter hohen Torte. Kosten: geschätzt 3,4 Millionen Euro. Später verklagten ihn Naturschutzverbände wegen Umweltzerstörung.

Ralph Suikat, der deutsche Vorzeigereiche, kann nur den Kopf schütteln, wenn er solche Geschichten hört. Er hat mittlerweile eine Unternehmerbewegung mitgegründet, die für höhere Reichensteuern kämpft und mit einer weltweiten Gruppierung namens Millionaires for Humanity kooperiert. Mehr als 100 Topvermögende aus verschiedenen Ländern wollen nicht nur als Spenderin oder Stifter Gutes tun. Sie fordern zudem eine weltweite Vermögenssteuer, um »die Armut und die Klimakrise zu bekämpfen« und »die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen« zu befördern. Ihr Wahlspruch: »In Tax We Trust.« Wir vertrauen auf Steuern.

Dazu besteht allerdings wenig Anlass.

Auf den ersten Blick ergab es keinen Sinn, was da plötzlich über ihre Bildschirme flimmerte. Endlose Zeilen und Spalten mit Namen, Jahresangaben, Dollarsummen: »Wir brauchten eine ganze Weile, um es zu verstehen«, erinnert sich Jesse Eisinger. Um dann festzustellen, dass sie auf einen einmaligen Schatz gestoßen waren: ein Datenleak mit den privaten Steuererklärungen Tausender superreicher Amerikaner. Irgendjemand hatte sie dem Investigativportal ProPublica und seinem Chefreporter Eisinger anonym zugespielt.

Die hochbrisanten Informationen stammen aus dem elektronischen Fundus der US-Steuerbehörde IRS, die über eines der geheimsten und am besten gesicherten Computernetzwerke Amerikas verfügt.

»Es war pures Gold«, sagt Eisinger beim Gespräch in einem Café in Brooklyn. Mysteriöse Zahlen zu entschlüsseln ist schon lange seine Spezialität, einst gewann er den Pulitzerpreis für eine Serie über dubiose Machenschaften an der Wall Street.

Trotzdem brauchte Eisingers Team Monate, um das 15 Jahre zurückreichende Datenmaterial zu dechiffrieren und zu verifizieren. Das Resultat war atemberaubend. Jeff Bezos,

**»Deutlich höhere Reichensteuern lassen sich nur europaweit durchsetzen.«**

**Stefan Bach, Steuerexperte**

Elon Musk, Mark Zuckerberg, Bill Gates, Warren Buffett, Rupert Murdoch, Michael Bloomberg: Die Reichsten der Reichen schneideten jedes Jahr Milliarden und zahlten meistens nicht einen einzigen Penny Einkommensteuer. Und das völlig legal.

Die Superreichen profitieren vor allem davon, dass der Fiskus in den USA ausschließlich auf tatsächliche Einkünfte zugreift, nicht auf Vermögenszuwächse auf dem Papier durch Aktien- oder Immobiliengewinne. Letztere sind für die Reichen aber oft erheblich, während sie ihr Einkommen künstlich kleinrechnen können, indem sie Investmentverluste und Zinsen absetzen. Auch symbolische Ein-Dollar-Gehälter, wie sie sich Silicon-Valley-Mogule gern geben, drücken ihre Steuerlast.

Eisinger und sein Team knackten diesen Code und machten ihn für Laien sichtbar, indem sie das gesamte IRS-Datengewirr in eine »true tax rate« umrechneten, den »wahren« Steuersatz. Das Fazit: Während US-Normalverdiener 2021 zwischen 22 und 37 Prozent Einkommensteuer zahlten, kamen die 25 reichsten Amerikaner, unter Berücksichtigung ihrer aufgeblasenen Verlustrechnungen, mit im Schnitt nur 3,4 Prozent davon – obwohl sie laut »Forbes« von 2014 bis 2018 insgesamt 401 Milliarden Dollar dazuerdient hatten. Erst so können sie sich auch ihren luxuriösen Lifestyle finanzieren, mit Anwesen, Jachten und Privatjets auf Pump. Was die Reichen an den Fiskus abführten, entsprach bei Weitem nicht ihrer wirtschaftlichen Potenz.

Setzt man die ProPublica-Berechnung an, betrug Elon Musks errechneter Einkommensteuersatz von 2014 bis 2018 lediglich 3,3 Prozent. Michael Bloomberg führte 1,3 Prozent ans Finanzamt ab und Jeff Bezos 1 Prozent. 2011 schaffte er es als einer der reichsten Männer der Welt sogar, eine Sozialleistung zu ergattern: 4000 Dollar Kinderbonus.

Am trickreichsten entpuppte sich ausgerechnet jener Multimilliardär, der sich oft als »guter« Reicher verklären lässt: Warren Buffett vermehrte sein Vermögen von 2014 bis 2018 um 24,3 Milliarden Dollar. Und zahlte nur 23,7 Millionen Dollar Steuern – umgerechnet 0,1 Prozent.

Eisingers Team zeichnete nach, wie clevere Investoren über eine Rentenregel für Mittelklassefamilien steuerfrei Aktiengewinne einstrichen. Wie sie ihre Steuern senkten, indem sie Sportteams kauften oder mit Immobilien Millionenschulden machten. Wie sie dynastischen Reichtum wahrten, indem sie sich um die Erbschaftsteuer herumogelten.

Der Aufschrei in der Öffentlichkeit war gewaltig.

Das Weiße Haus legte im Herbst mit einer eigenen Studie seiner Chefökonomin Danny Yagan und Greg Leiserson nach, die das ProPublica-Resultat nur geringfügig korrigierte. Danach zahlten die 400 reichsten US-Milliardäre, dank »unvollständiger Ertragsbemes-

sung«, von 2010 bis 2018 im Schnitt nur einen Einkommensteuersatz von 8,2 Prozent, nicht einmal halb so viel wie mittlere Verdienere in Amerika.

Die meisten der zitierten Milliardäre scheren sich wenig um die Enthüllungen. Elon Musk etwa ist gerade dabei, seine Twitter-Übernahme vor allem dank eines beliebten Steuertricks zu finanzieren: Der größte Teil von Musks 218-Milliarden-Reichtum besteht aus Aktien seiner beiden Unternehmen Tesla und SpaceX. Zunehmender Reichtum durch steigende Aktien wird nicht besteuert. Abgaben werden erst fällig, wenn die Aktien verkauft werden.

Wenn Aktien-Milliardäre wie Musk viel Geld brauchen, verkaufen sie die Anlage deswegen nicht, sondern leihen sich die benötigte Summe, mit den Aktien als Sicherheit. Denn Leihen, auch wenn es Milliarden von Dollar sind, mit denen dann neuer Reichtum geschaffen wird, gilt nicht als steuerbares Einkommen. Und die gemachten Schulden können sie auch noch als Verluste absetzen.

Vor allem dank solcher pervertierter Steuersysteme sei die westliche Welt auf dem Weg in eine Oligarchie, sagt auch der Ökonom Gabriel Zucman. Er promovierte einst bei Thomas Piketty und lehrt heute an der Elite-Uni Berkeley in Kalifornien. Seine Forschung zur Vermögenskonzentration erregte unter Wirtschaftsexperten und Politikern viel Aufsehen. Gemeinsam mit Kollegen fand Zucman unter anderem heraus, dass die Vermögenden fast acht Billionen Euro in Steueroasen versteckten – und damit den westlichen Industriestaaten 200 Milliarden Euro an Steuereinnahmen vorenthielten. Pro Jahr.

Zucman nennt die Reichtumskonzentration bei gleichzeitiger Steuervermeidung »das gebrochene Versprechen der Globalisierung«. Die Liberalisierung von Handel, Finanzwesen und Arbeitsmarkt habe die Gesellschaften zwar insgesamt reicher gemacht, argumentiert der Ökonom. Doch weil die Staaten zugleich ihre Steuern auf Kapital und Spitzeneinkommen gesenkt hätten, seien die Gewinne der Liberalisierung einseitig den Wohlhabenden zugute gekommen.

Das globale Steuerdumping habe den Regierungen die Mittel entzogen, mit denen sie die Verlierer der Globalisierung entschädigen könnten. Zugleich waren sie gezwungen, die Durchschnittsverdiener mit Steuern und Abgaben immer stärker zu belasten – um die Geschenke an die Reichen zu bezahlen.

## »Wir müssen das Steuersystem reparieren.«

Gabriel Zucman,  
Ökonom

Für Zucman liegt darin der tiefere Grund für den Verdross der Mittelschichten in den westlichen Industriestaaten – und für das politische Programm, das er daraus ableitet. Das weltweite Steuerdumping stoppen und in den Nationalstaaten den Faktor Kapital stärker belasten. »Wenn wir die Globalisierung retten wollen«, sagt er, »müssen wir unsere Steuersysteme reparieren.«

Auch dank Eisingers Recherchen scheint sich dabei tatsächlich etwas zu tun. Die OECD etwa legte Mindeststeuerpläne vor. Die EU will die Steuerkonkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten beschränken. Und mehr als 200 führende amerikanische Ökonomen und Juristen schrieben einen offenen Brief, in dem sie sich für die Einführung einer neuen Reichenabgabe in den USA einsetzen.

Würde der Plan umgesetzt, wäre es eine Kehrtwende in der wichtigsten Volkswirtschaft des Westens, ein Fanal für mehr Steuerfairness in der Welt. Es sieht allerdings nicht danach aus, als würde sich in den tief gespaltenen USA eine politische Mehrheit dafür finden lassen.

Deutschland gilt als mustergültiger Wohlfahrts- und Steuerstaat, in dem ein umfangreiches Sozial- und Abgabensystem die größten Unterschiede zwischen Arm und Reich einebnet. Eine so tiefe Spaltung wie in den USA sei hierzulande deshalb unmöglich. Aber stimmt das auch?

Wer das wissen will, sollte Swen Bäumel fragen. Der Steuerberater und Wirtschaftsjurist residiert mit seiner Beratungsgesellschaft Infob im maleischen Ingelheim am Rhein, in einer

**Motiv aus dem Kunstprojekt Harrodsburg über Reiche in London:**  
»Herr der Ringe«-Kulisse im Naturschutzgebiet nachgebaut



Altbauvilla nebst hauseigenem Park. Auf dem benachbarten Weingut werden Riesling, Chardonnay und Spätburgunder gekeltert. Bisweilen durchzieht leichter Weinduft Bäumels Büro, wo er seine Mandanten berät, in erster Linie Familienunternehmer.

Deren größte Sorge, sagt der Experte, seien nicht die Unternehmenssteuern. »Extreme Steuersparmodelle sind eher ein Thema für US-Techkonzerne.« Die verlagerten viel Geschäft ins Ausland und drückten so ihre Gesamtsteuerlast gewaltig. »Die haben ein völlig anderes Verhältnis zur Gewinnmaximierung.«

Klassische deutsche Familienunternehmer treibe dagegen der »dynastische Gedanke«: »Wie kann ich an meine Kinder sicher und steuer-schonend weiterreichen, was die Familie über Generationen aufgebaut hat?« Wer über Jahrzehnte einen Mittelständler geformt habe, so Bäumel, sei geprägt von Kriegen oder Währungsreformen und reagiere sensibel auf politische Veränderungen. So wie zuletzt im Bundestagswahlkampf, als SPD, Grüne und Linke eine Wiedereinführung der Vermögensteuer forderten – die in Bäumels Kundschaft leichte Panikschübe auslöste.

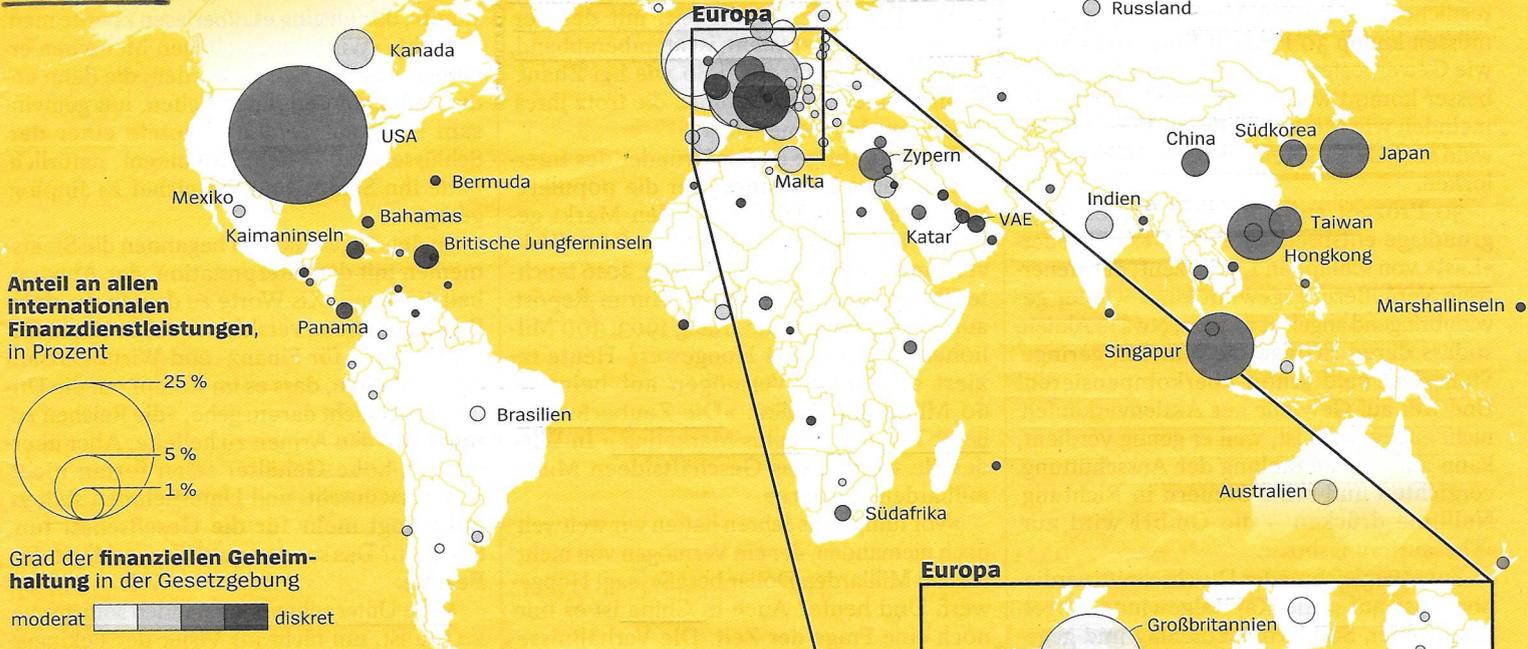
Womöglich lauern sie in Österreich schon auf ein solches Szenario. Es wäre nicht das erste Mal, dass der südliche Nachbar begüterte Bundesbürger erfolgreich zum Umzug in die Alpenrepublik bewegt. So wie nach 2007, als die höchsten Verfassungsgerichte beider Länder fast zeitgleich das jeweilige Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht für verfassungswidrig erklärten und an die Politik zurückverwiesen.

Die Konsequenzen fielen denkbar unterschiedlich aus. Die Deutschen erließen neue, komplexere Gesetze. Österreich strich die Steuern dagegen ersatzlos. Seither müssen bestimmte Schenkungen und Erbschaften dort allenfalls noch angezeigt, nicht aber veranlagt werden. Ein Traum für Reiche.

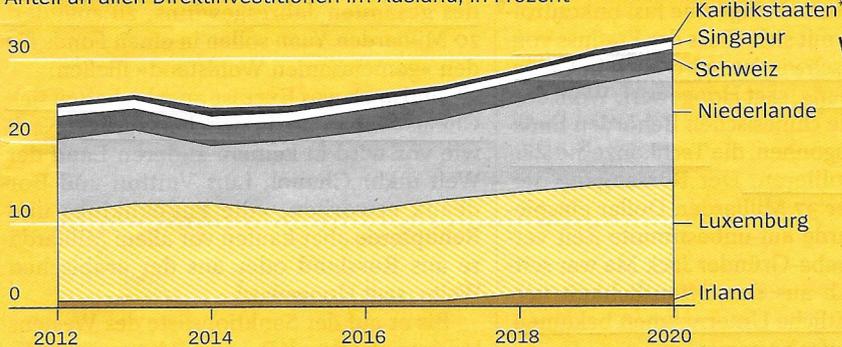
Natürlich finden Gutsituierte auch hierzulande allerhand Wege, Vermögen vor dem Fiskus zu schützen. Eine populäre Exitstrategie ist die Gründung einer GmbH. Was so aufregend klingt wie ein Bausparvertrag und unter Experten als Schachtelprivileg firmiert, ist höchst effektiv: Wer Immobilien oder Aktienbesitz in eine extra für diesen Zweck gegründete GmbH einbringt, kann seine Steuerlast auf Botsai-Format schrumpfen, weit unterhalb des persönlichen Steuersatzes.

# Flucht vor dem Fiskus

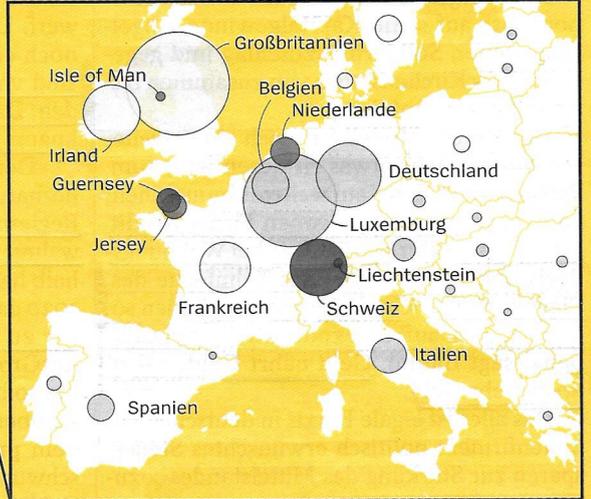
## Steuroasen weltweit 2022



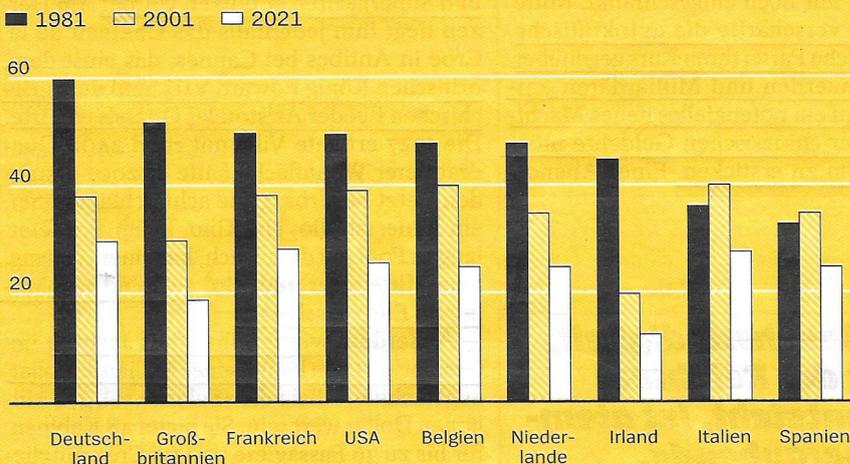
## Deutsche Direktinvestitionen in ausgewählte Steuerparadise, Anteil an allen Direktinvestitionen im Ausland, in Prozent



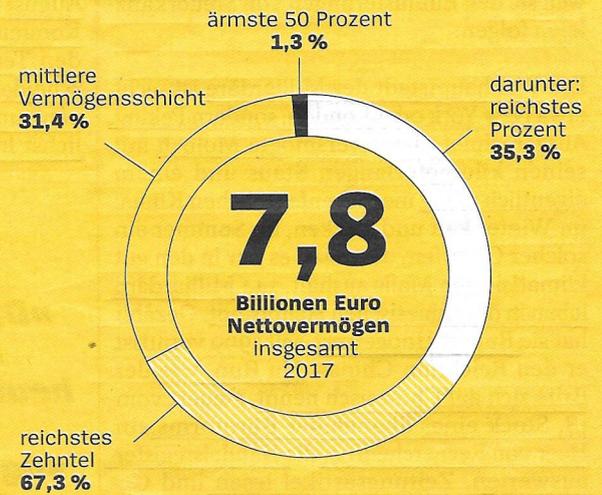
## Europa



## Steuersatz auf Gewinne für Körperschaften, in Prozent



## Nettvermögen von Personen in privaten Haushalten, in Deutschland 2017\*\*, in Prozent



\* Bahamas, Barbados, Bermuda, Britische Jungferninseln, Curaçao, Kaimaninseln, Panama  
 \*\* einschließlich Hochvermögende von 2019

Quellen: Tax Justice Network, OECD, Deutsche Bundesbank, Bundesamt für politische Bildung, DIW

Das Grundvermögen bleibt unangetastet; versteuert wird nur, was durch Ausschüttungen hereinkommt, etwa wenn die GmbH durch Aktienverkäufe Spekulationsgewinne gemacht hat. Und selbst davon bleiben dank einer Spezialvorschrift im Körperschaftsteuergesetz 95 Prozent steuerfrei. Auf die restlichen fünf Prozent Veräußerungsgewinn müssen knapp 30 Prozent Körperschaft- sowie Gewerbesteuer abgeführt werden. Noch besser kommt weg, wer seine GmbH in Gemeinden wie Münchens Promi-Vorort Grünwald ansiedelt, die mit niedrigen Hebesätzen locken.

30 Prozent auf 5 Prozent Bemessungsgrundlage entsprechen einer Gesamtsteuer- »Last« von schlappen 1,5 Prozent; der steuerfreie Veräußerungsgewinn kann wieder gewinnbringend angelegt werden, etwa in Aktien, sodass deren Erträge die ohnehin geringe Steuerlast bald schon überkompensieren. Und wer auf Gewinne aus Aktienverkäufen nicht angewiesen ist, weil er genug verdient, kann auf die Auszahlung der Ausschüttung verzichten und seine Steuern in Richtung Nulllinie drücken – die GmbH wird zur »Thesaurierungsbox«.

Zum Vergleich: Jeder Durchschnittsverdiener muss auf seine Kapitalgewinne Abgeltungssteuer, Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer von zusammen bis zu 28 Prozent abführen.

Das GmbH-Modell hat noch einen weiteren Vorteil: Wer etwas riskieren will, zum Beispiel durch den Kauf weiterer Immobilien, kann sich aus seiner eigenen Firma Kredit geben lassen. Der beträgt, wie bei Wohnungsdeals üblich, schon mal das Zehnfache des Eigenkapitals. »Große Vermögen können so ihren Kapitalaufbau exponentiell vorantreiben«, sagt Bäuml. Geld nährt Geld, nährt noch mehr Geld.

Das alles ist legale Praxis in deutschen Familienfirmen: politisch erwünschtes Steuersparen zur Stärkung des Mittelstandes sozusagen.

Doch es gibt auch Unternehmer, denen diese Privilegien nicht ausreichen. Weil im Ausland noch größere Vorteile locken. Oder weil sie den Einflüsterungen von Steuerkanzleien folgen.

Die Welthauptstadt der Milliardäre ist nicht etwa New York oder London, sondern Peking. Ausgerechnet dieser versmogte Moloch mit seinen kilometerlangen Staus und einem eigentlich völlig menschenfeindlichen Klima: im Winter kalt und trocken, im Sommer ein solcher Glutofen, dass man es nur in den gut klimatisierten Malls aushält. 144 Milliardäre leben in der chinesischen Hauptstadt. Gezählt hat sie Rupert Hoogewerf, seit 1999 vermisst er den Reichtum Chinas. Hu Run, wie der Brite sich auf Chinesisch nennt, steuert vom 18. Stock eines Shanghaier Büroturms ein Heer von Rechercheuren, die Handelsregister auswerten, Zeitungsartikel lesen und Geschäftsberichte flöhen. Am Ende steht dann

eine Liste: der Hurun-Report, Chinas Reichenfibel. »1133 chinesische Milliardäre sind es im Moment«, sagt Hoogewerf.

Angefangen hat er in einer Bibliothek, gemeinsam mit zwei Studenten trug er die erste Liste zusammen, 50 Namen lang. »1999 war noch kein Milliardär dabei«, sagt Hoogewerf. »Die Geschwindigkeit, mit der der Reichtum heute entsteht, ist atemberaubend. Völlig außer Kontrolle.« So wie bei Zhang Yiming, einem jener Männer, die trotz ihres Reichtums in Peking leben.

Der 39-Jährige ist der Gründer des Internetkonzerns Bytedance, der die populäre Videoplattform TikTok auf den Markt gebracht hat. Teenager überall auf der Welt verbringen Stunden mit der App. 2016 tauchte Zhang zum ersten Mal im Hurun-Report auf. »Völlig unbekannt, Rang 1903, 300 Millionen Dollar«, sagt Hoogewerf. Heute taxiert er Zhangs Vermögen auf beinahe 60 Milliarden Dollar. »Die Zauberformel heißt Technologie plus Marketing.« In Windeseile werden aus Geschäftsideen Multimilliarden-Konzerne.

»Vor fünf, sechs Jahren hatten wir weltweit noch niemanden, der ein Vermögen von mehr als 100 Milliarden Dollar besaß«, sagt Hoogewerf. Und heute? Auch in China ist es nur noch eine Frage der Zeit. Die Verhältnisse sind vom Westen nicht mehr zu unterscheiden: Das oberste Prozent des Landes besitzt knapp 31 Prozent des Wohlstandes.

»Der Reichtum bringt eine fast unkontrollierbare Kraft mit sich. Dass der Einfluss von Regierungen schwindet, wird auch in China wahrgenommen«, sagt Hoogewerf. Wohl deshalb haben die chinesischen Behörden Ende 2020 damit begonnen, die Techkonzerne stärker zu kontrollieren. Der Börsengang der AntGroup, der 37 Milliarden Dollar einspielen sollte, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Alibaba-Gründer Jack Ma war seitdem praktisch aus der Öffentlichkeit verschwunden. Etlliche Unternehmen bekamen Geldstrafen aufgebremst.

Der alte Aphorismus »Reich werden ist glorreich« von Chinas Reformpatriarch Deng Xiaoping gilt nur noch eingeschränkt. Mitte August 2021 verschärfte die autokratische Kommunistische Partei ihren Kurs gegenüber den Techkonzernen und Milliardären entscheidend, um ein potenzielles neues Machtzentrum einer chinesischen Geldelite möglichst im Keim zu ersticken. Eines Abends

**»Die Geschwindigkeit, mit der Reichtum heute entsteht, ist atemberaubend«, sagt Reichtumsforscher Rupert Hoogewerf.**

wurde auf der Website des Staatsfernsehens das Protokoll der Kommission für Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten veröffentlicht – in voller Länge. Ein endlos langer, bürokratischer Riemen, Floskel an Floskel, doch eine Formulierung stach sofort heraus. »Gongtong fuyu«, der »gemeinsame Wohlstand«, darum ging es, überlesen konnte man es nicht. »Wir können einigen Menschen erlauben, zuerst reich zu werden, die dann andere anleiten und ihnen helfen, um gemeinsam reich zu werden«, lautete einer der Schlüsselsätze in dem Dokument, natürlich hatte ihn Staats- und Parteichef Xi Jinping gesagt.

In den Tagen danach begannen die Staatsmedien mit der Interpretation, der Apparat half eifrig mit, Xis Worte zu deuten. In einer Pressekonferenz versicherte ein Beamter der Kommission für Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten, dass es im Kampf um die Ungleichheit nicht darum gehe, »die Reichen zu töten, um den Armen zu helfen«. Aber übertrieben hohe Gehälter seien fortan nicht mehr erwünscht, und Unternehmen sollten unbedingt mehr für die Gesellschaft tun. Spenden? Das sei eine gute Idee, erklärte der Beamte.

Viele Unternehmer verstanden sofort, was zu tun ist, um nicht ins Visier der Pekinger Führung zu geraten. Der Internetkonzern Alibaba kündigte schon wenige Tage später an, 100 Milliarden Yuan, rund zwei Drittel des gesamten Jahresgewinns, zu spenden, 20 Milliarden Yuan sollen in einen Fonds für den »gemeinsamen Wohlstand« fließen.

Und auch was Exzesse angeht, halten sich Chinas Milliardäre inzwischen zurück. Nach wie vor wird in keinem anderen Land der Welt mehr Chanel, Luis Vuitton und Bordeaux erworben, »die Fußballklubs und Rennpferde aber kaufen vor allem Milliardäre aus Russland oder aus der arabischen Welt«, sagt Hoogewerf.

Bis er auf der Sanktionsliste des Westens landete, bestand Roman Abramowitschs größtes Problem vermutlich darin, sich zu entscheiden, welche seiner Luxusimmobilien und Superjachten er nutzen würde. Am Herzen liegt ihm jedenfalls das Château de la Croë in Antibes bei Cannes, das einst dem britischen König Edward VIII. und dem griechischen Reeder Aristoteles Onassis gehörte. Die 1927 erbaute Villa mit rund 2400 Quadratmeter Wohnfläche hatte er 2001 erstanden. Jetzt beherbergt sie acht Schlafzimmer, ein Fitnessstudio, ein Kino, einen 15 Meter langen Pool auf dem Dach, hat einen Zugang zum Mittelmeer und wird auf rund 100 Millionen Euro geschätzt.

Außerdem werden ihm fünf Jachten im Gesamtwert von knapp einer Milliarde Dollar zugerechnet. Allein die »Solaris« soll 474 Millionen Dollar wert sein. Sie bietet 48 Kabinen für bis zu 36 Passagiere und 60 Crewmitglieder, acht Decks, einen Landeplatz für Helikopter, einen Swimmingpool mit Beachclub sowie einen Spa-Bereich samt Jacuzzi.

Auf ähnliche Superlative kommt man sonst fast nur noch im Nahen Osten: Rund 900 000 Pfund Sterling für ein Paar Hotelübernachtungen in Italien und Griechenland, Flugkosten von knapp 400 000 Pfund, 55 000 Pfund pro Woche für diverse Ausgaben wie die Miete einer Privatjacht – die Bilanz eines völlig normalen Sommerurlaubs der Herrscherfamilie von Dubai.

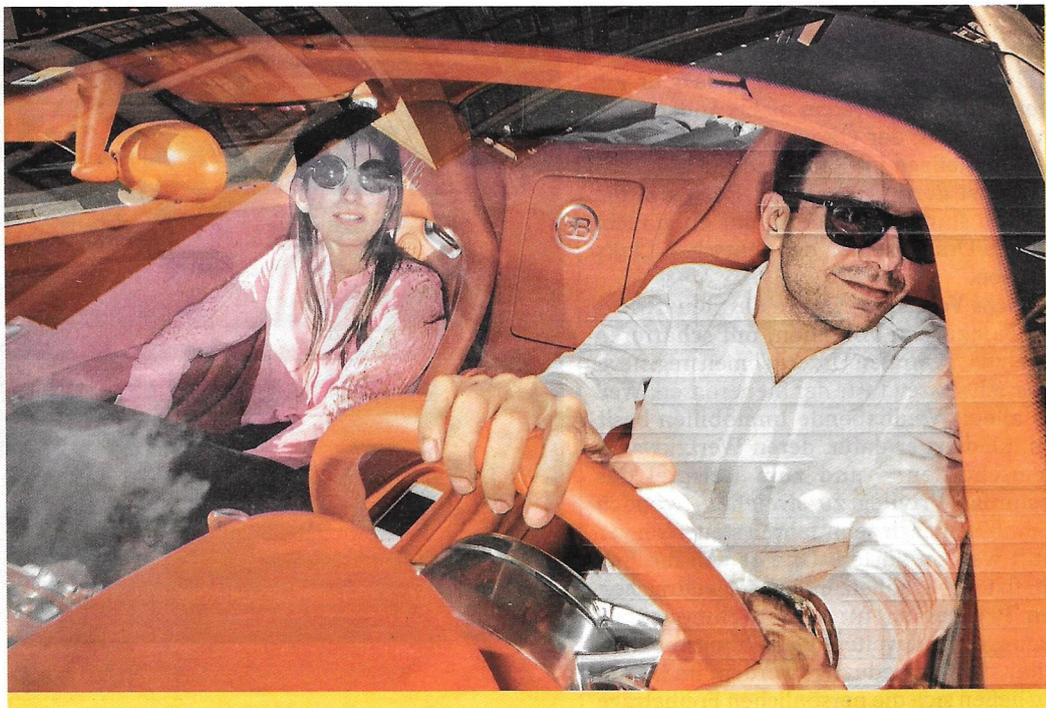
Bekannt geworden sind die Zahlen, weil sich Mohammed bin Rashid Al Maktoum, der Emir der Wüstenstadt am Persischen Golf, und seine Ex-Frau Haya Ende vergangenen Jahres vor einem britischen Gericht um die Modalitäten ihrer Scheidung und der Unterhaltungspflichten für ihre zwei Kinder stritten. Mehr als eine halbe Milliarde Pfund kostete den Herrscher schließlich die Trennung von Tisch und Bett, allein 277 050 Pfund veranschlagten die Richter jährlich für die Tiere der Prinzessin und ihrer Kinder – einschließlich 25 000 Pfund für ein neues Pferd.

Die Reichen mehr besteuern? Hohe Vermögen umverteilen? Solche Diskussion, wie sie in der westlichen Welt zunehmend geführt werden, entlocken den arabischen Superreichen allenfalls ein müdes Lächeln. So manchem deutschen Vermögenden ist dagegen gar nicht zum Lachen zumute.

Wenn es ein Thema gibt, das Ulrich Dietz in Rage bringt, dann ist es die Vermögenssteuer. In den USA mag es derzeit viele Befürworter geben. In Deutschland, so warnt der Aufsichtsratschef des Stuttgarter Softwarekonzerns GFT SE, wäre sie »für Familienunternehmen und Start-ups eine Katastrophe«.

Die Ampelkoalition hat höhere Steuern vorerst ausgeschlossen. Aber der Unternehmer traut dem Frieden nicht. »In den großen Parteien gibt es einfach zu viele«, sagt er, »die das Thema nicht verstehen.«

Dietz ist ein quirliger Schwabe, er steht im Chefbüro seiner Firmenzentrale und hat sich einen Zeichenstift gegriffen, um den Widersinn der Vermögenssteuer am Beispiel eines Start-ups zu erläutern. »Nehmen wir an, die Firma wäre schon in den ersten Jahren 100 Millionen Euro wert«, sagt er und schreibt die Zahl rot umrandet auf den Flipchart. »Dann müssten die Gründer bereits zu diesem Zeitpunkt eine Million Euro Vermögenssteuern zahlen, obwohl sie mit großer Wahrscheinlichkeit keine Gewinne erwirtschaften.« Man könne nicht gleichzeitig Start-up-Partei



sein und eine Vermögenssteuer fordern, sagt der Unternehmer und zieht einen dicken roten Strich über das Papier.

Dietz hat seine Firma aus kleinsten Anfängen zu einem Hidden Champion mit rund 9000 Angestellten in 16 Ländern ausgebaut. Die GFT entwickelt die IT-Programme, mit denen Kreditinstitute ihr Onlinebanking oder Industriekonzerne ihre Datencloud steuern, ein Wachstumsgeschäft, vor allem in jüngster Zeit. Im vergangenen Jahr hat die Firma ihren Umsatz um 27 Prozent gesteigert, der Gewinn hat sich sogar verdreifacht, nicht zum Schaden von Dietz. Sein 35-Prozent-Anteil ist mittlerweile rund 400 Millionen Euro wert.

Müsste er darauf Vermögenssteuer zahlen, hätte er jedes Jahr rund vier Millionen Euro ans Finanzamt zu überweisen – mehr als die Dividende, die er im vergangenen Jahr bekam. Die Konsequenz: Dietz müsste Aktien verkaufen, um seine Steuerschulden begleichen zu können. »Ich würde kontinuierlich in der Firma an Einfluss verlieren«, sagt er, »und am Ende könnte der Betrieb in fremde Hände fallen.«

In vielen deutschen Familienunternehmen wird der Großteil des Gewinns nicht ausgeschüttet, sondern – steuerbegünstigt – in die Firma investiert. Das Geld der deutschen Oberschicht steckt zumeist nicht in Jachten, sondern in Maschinen. Rund 60 Prozent des Privatvermögens der reichsten 0,1 Prozent der erwachsenen Bundesbürger ist in Betrieben

#### Motiv aus dem Kunstprojekt Harrodsburg über Reiche in London:

Den Regierungen fehlt es an Willen oder Kraft, sich gegen die Reichen durchzusetzen

gebunden, so hat das Institut der deutschen Wirtschaft berechnet.

Würde der Staat darauf zugreifen, würde es zwar die Reichen treffen, aber eben auch die Betriebe, die Arbeitsplätze und damit einen Großteil der wirtschaftlichen Substanz der Republik. Die Unternehmen wären für Krisen schlechter gerüstet.

Dietz hat es erlebt. Anfang des Jahrtausends wurde der Digitalunternehmer von der Dotcom-Krise erwischt, dem ersten Absturz der neu entstandenen Internetwirtschaft. Binnen Kurzem brach der Aktienkurs von 80 Euro auf 2 Euro ein, seine Kunden stornierten die Aufträge, Dietz musste rund 150 Beschäftigte entlassen. Überlebt habe der Betrieb damals nur, weil er mit fast 60 Prozent Eigenkapital gesichert war.

Das ist das Problem am vermeintlichen Patentrezept für Steuerfairness und Gerechtigkeit. Würde die Regierung das Betriebskapital besteuern, würde sie der Wirtschaft jene Widerstandsfähigkeit nehmen, von der gerade in der Pandemie so oft die Rede war.

So kommt es, dass von der Vermögenssteuer auch solche Ökonomen wenig halten, die eher der politischen Linken zuzurechnen sind. Stefan Bach, Steuerexperte des Instituts für Wirtschaftsforschung, berät die Grünen und die SPD; ihren Reformplänen in Sachen Vermögenssteuer kann er indes wenig abgewinnen. »Eine Vermögenssteuer müsste neu erhoben werden und kann leicht Investitionen im Mittelstand bremsen und zu Ausweichreaktionen führen«, sagt er.



Roman Abramowitsch

**9 Mrd.**



Jack Ma

**22,9 Mrd.**

»Wenn überhaupt, sollte sie erst bei sehr hohen Vermögen erhoben werden.«

Das bedeutet keineswegs, dass er am deutschen Steuersystem nichts ändern will. Im Gegenteil, der Ökonom beklagt die soziale Schieflage im Land und die hohe Abgabenlast der Mittelschicht. Bach will die Reichen stärker besteuern, nur eben nicht mit den Uraltrezepten der deutschen Linksparteien.

Bachs Vorschlag: Gegen die Steuertricks von Konzernen vorgehen, mit schärferen Gesetzen, zentralen Unternehmensregistern, einer schwarzen Liste der Steueroasen. Weil vor allem Wohlhabende Immobilien besitzen, plädiert er dafür, deren Wertzuwachs abzuschöpfen – und zum Beispiel das unsinnige Privileg zu streichen, wonach Immobilien nach zehn Jahren steuerfrei verkauft werden dürfen. Und er will die Erb-schaftsteuer erhöhen, indem die weitreichenden Privilegien für Unternehmensübertragungen und weitere Gestaltungsmöglichkeiten deutlich reduziert werden. Im Gegenzug ließen sich die persönlichen Freibeträge erhöhen.

Die größten Effekte erwartet Bach, wenn es gelingen würde, Kapital- und Reichensteuern stärker international zu koordinieren, zumal auf EU-Ebene.

Der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze und die lukrativsten Ausnahmeregeln, wie ihn etwa Österreich und Luxemburg führen, müsse ein Ende haben, fordert der DIW-Ökonom. »Deutlich höhere Reichensteuern lassen sich nur durchsetzen, wenn sie europaweit und noch besser in der G20 abgestimmt werden«, sagt er. Mit seinen Vorschlägen könnte der Staat jährlich zweistellige Milliardenbeträge einspielen, so hat er berechnet.

Ähnliche wohlüberlegte Ideen gibt es einige unter Experten. Nur keine politische Mehrheit, sie durchzusetzen. Zwischen den unmittelbaren Bedrohungen Pandemie, Krieg und Inflation fehlt es den Regierungen an Willen oder Kraft, sich gegen die Reichen durchzusetzen. Schließlich sind sie mächtige Gegner: Sie können jederzeit damit drohen, ihr Kapital, ihre Firmen, ihre Arbeitsplätze abzuziehen. Sie verfügen über ganze Armeen von Lobbyisten, sie spenden an Parteien, sind vernetzt und verbunden mit den Mächtigen auf dem gesamten Globus. Gemeinsam sind sie eine globale Supermacht, eine, die keine Waffen braucht, um ihre Interessen durchzusetzen.

Das Problem dabei: Ungleichgewichte erzeugen Spannungen, die sich irgendwann entladen. So wie in den USA, wo die Arm-Reich-Schere mittlerweile dramatisch auseinanderklafft. Die erste Entladung hieß Donald Trump. Und wenn es so weitergeht, könnte auch die zweite nach ihm benannt werden.

Tim Bartz, Christoph Giesen, Marc Pitzke,  
Michael Sauga, Thomas Schulz